

Antrag der Fraktion der CDU

Teilhabe von Hörgeschädigten durch Induktionsanlagen stärken

Die größte Gruppe unter den Menschen mit Behinderungen ist die mit Hörschädigungen. Durch Induktionsanlagen, die Schallwellen ähnlich wie das menschliche Ohr filtern, wird es Hörgerät- und Cochlea-Implantatträgern erheblich vereinfacht, störungsfrei zu hören. So können sie am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben.

Induktionsanlagen sind in der Stadtgemeinde Bremen in einigen öffentlichen Gebäuden u.a. auch in der Bremischen Bürgerschaft und im Rathaus bereits vorhanden. Es fehlen allerdings Hinweisschilder und es gibt oft kein Personal vor Ort, das in der Lage ist, die vorhandenen Anlagen einzusetzen und auch zu bedienen. Der Führer „Barrierefreies Bremen“ vom März 2009, der entsprechende Anlagen ausweist, ist nicht mehr auf dem neuesten Stand.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. beschließt in Selbstverpflichtung im Eingangsbereich der Bremischen Bürgerschaft unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes ein Schild anzubringen, das auf die Induktionsanlage hinweist und die Angestellten über das Vorhandensein dieser Anlage zu informieren und –falls nötig- in die Bedienung einzuweisen.
2. beschließt in Selbstverpflichtung bei öffentlichen Veranstaltungen der Bremischen Bürgerschaft portable oder stationäre Induktionsanlagen einzusetzen, auf die in Veranstaltungsankündigungen ausdrücklich hingewiesen wird.
3. fordert den Senat auf, an öffentlichen Gebäuden, in denen Induktionsanlagen vorhanden sind, Schilder anzubringen, die auf diese hinweisen und die Angestellten über das Vorhandensein dieser Anlagen zu informieren und - falls nötig - in die Bedienung einzuweisen.
4. fordert den Senat auf, bei allgemeinen öffentlichen Veranstaltungen portable oder stationäre Induktionsanlagen einzusetzen, auf die in Veranstaltungsankündigungen ausdrücklich hingewiesen wird.
5. fordert den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass zukünftig mehr öffentliche Gebäude mit Induktionsanlagen ausgestattet werden, auf die deutlich am Eingang, in Druckerzeugnissen und im Internet hingewiesen werden soll.

6. fordert den Senat auf, den Stadtführer „Barrierefreies Bremen“ auf seine Aktualität zu überprüfen.
7. empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven zu prüfen, ob auch dort entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden können.

Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU